



GUY LE QUERREC / MAGNUM

## Ein Genie von unbegrenzter Musikalität – zum Siebzigsten des Pianisten Keith Jarrett

Er gehört zu den prägenden Persönlichkeiten der Jazzszene, doch das Genie des 1945 geborenen Amerikaners Keith Jarrett lässt sich nicht auf eine Musikrichtung reduzieren. Als Kind schon ein gefeierter Klassik-Interpret, begeisterte er die Massen ebenso mit Electro-Jazz und Gospel – und immer mit fiebrigem Einsatz, wie in dieser Aufnahme von 1975.

Pop und Jazz, Seite 47

## Deutschland weist die NSA in die Schranken

Belastung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Der Bundesnachrichtendienst schränkt seine Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Abhördienst NSA ein. Die Konsequenzen daraus sind offen, und die grundlegenden Fragen lösen sich damit nicht auf.

Markus Ackeret, Berlin

Die überwunden geglaubten Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis wegen der amerikanischen Abhörpraxis kehren zurück. Der Bundesnachrichtendienst (BND) und seine politische Aufsichtsbehörde, das Bundeskanzleramt, haben die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Abhördienst National Security Agency (NSA) bei Suchanfragen über die Abhörzentrale in Bad Aibling stark eingeschränkt. Eine Reaktion aus Washington gibt es dazu nicht, aber folgenlos dürfte die Entscheidung aus Berlin nicht sein.

### Internetdaten betroffen

Dies ist die bis jetzt drastischste Konsequenz aus den Enthüllungen über die undurchsichtige Zusammenarbeit zwischen dem BND und der NSA. Die weiterhin am Mangel an Fakten leidende Affäre dreht sich um die mögliche Überwachung europäischer Partner und damit um einen Vertrauensbruch aus

Sicht der Deutschen. Betroffen von den Einschränkungen sind amerikanische Suchanfragen zu Internetdaten. Die deutschen Behörden hatten von den Amerikanern verlangt, für jedes der Suchwörter (Selektoren) eine Begründung zu liefern. Das lehnte die NSA ab. Fax- und Telefondaten fallen nicht darunter, weil diese immer schon begründet werden mussten. Die deutsche Opposition begrüßte den Schritt zwar, stellte aber die Frage, weshalb denn diese Begründungen nicht bereits früher eingefordert worden seien. Darüber und überhaupt über den Umfang der Listen mit den Suchanfragen der Amerikaner gibt es so lange keine weiteren Erkenntnisse, wie auf Behördenebene nicht entschieden ist, ob diese Listen den zuständigen parlamentarischen Gremien zur Verfügung gestellt werden.

### Ohne die USA geht es nicht

Die Einschränkung der Zusammenarbeit mit der NSA in Bad Aibling trifft den BND in seiner Leistungsfähigkeit. Das Grundproblem, dass dieser trotz Bedenken über unterschiedliche Auffassungen zur Abhörtätigkeit auf den Austausch mit den Amerikanern angewiesen ist, verschärft sich mit der Reduktion der Zusammenarbeit. Berlin und Washington sprechen deshalb offenbar über ein Abkommen, das die Kooperation neu regeln soll.

International, Seite 3

## Syriens höllische Haftanstalten

Berichte von systematischer Folter

DSt. · Vom syrischen Regime verhaftet zu werden, kommt oft einem Todesurteil gleich. Wer nicht das Glück hat, wie der Anwalt Mazen Darwish über ein wenig internationale Bekanntheit zu verfügen, gehört zumeist zu den «Verschwundenen» – Leute, die an Checkpoints oder bei Hausdurchsuchungen festgenommen werden und über deren Schicksal Angehörige nichts mehr wissen. Wer dagegen aus Asads Gefängnissen entlassen wird oder fliehen kann, berichtet Grausames. Häftlinge würden zusammengepfercht, ausgehungert und bewusstlos geprügelt, viele stürben an der Folter oder an Krankheiten, die nicht behandelt würden. Manch ein Verzweifelter schlage sich gar den Kopf an die Wand, um zu sterben.

International, Seite 5

## Kasachen zahlten Parlamentarierreise

Fünf Tage gratis in Astana

hä. · Die PR-Firma Burson-Marsteller hat für ihre kasachischen Auftraggeber nicht nur FDP-Nationalrätin Christa Markwalder eingespannt, sondern auch eine fünftägige Parlamentarierreise nach Kasachstan organisiert. Daran nahmen im Mai 2014 der FDP-Nationalrat Walter Müller und der SVP-Politiker Christian Miesch teil. Die ganzen Reisekosten übernahm ein kasachischer Politiker, der ziemlich undurchsichtig ist. Die offiziellen Empfehlungen der eidgenössischen Räte zum Thema «Korruptionsstrafrecht» legen den Parlamentariern nahe, solche Auslandsreisen selber zu bezahlen. Müller sagt, für ihn als Aussenpolitiker sei es darum gegangen, sich eine eigene Meinung über die Zustände in Kasachstan zu bilden.

Schweiz, Seite 9

## Expresstrassen im Kriechgang

Warten auf Zürcher Autobahnen

sho. · Der Zürcher Regierungsrat drängt beim Bund auf den baldigen Ausbau oder die Ergänzung der Hochleistungsstrassen in der Region. Doch nicht nur der Ausbau der Nordumfahrung samt einer dritten Tunnelröhre durch den Gubrist wird sich noch über 10 Jahre hinziehen. Der Bau der Glattalautobahn, die bei Wallisellen die A1 entlasten soll, ist nach derzeitiger Planung des Bundes erst nach 2040 fertiggestellt. Auch ist wie für die Lückenschliessung in der Oberlandautobahn die Finanzierung nicht gesichert. Für beide Projekte will der Regierungsrat den Richtplan anpassen. Aber auch die kantonale Planung für den Rosengartentunnel in der Stadt Zürich braucht mehr Zeit als zunächst angenommen.

Zürich und Region, Seite 15

## Erfolgsgespinn verlässt Adecco

Frankreich-Chef Alain Dehaze übernimmt die operative Führung

ng. · CEO Patrick De Maeseneire und Finanzchef Dominik de Daniel haben bei Adecco in den letzten Jahren gemeinsam gute Arbeit geleistet. Entsprechend gross ist die Verunsicherung nach dem angekündigten Abgang des Erfolgsgespinnns. Die Aktien des weltgrössten Personalvermittlers haben am Donnerstag trotz soliden Quartalszahlen 6,2 Prozent verloren.

Die beiden Manager verlassen den Konzern aus unterschiedlichen Gründen. De Daniel zieht die Konsequenzen, weil er nicht zum Konzernchef beför-

dert wurde. Der Abgang von De Maeseneire war dagegen geplant, erfolgt nun aber etwas früher als erwartet. Ab September übernimmt Frankreich-Chef Alain Dehaze das Ruder in einem gut bestellten Haus. Der Belgier, der auf eine lange Karriere in der Personalvermittlung zurückblickt, hat die Restrukturierung in Frankreich erfolgreich vorangetrieben. Mit dieser Wahl aus den eigenen Reihen soll beim Personalvermittler auch in Zukunft für Kontinuität gesorgt sein.

Wirtschaft, Seite 23

## Reisen auf Schienen



Eine Pilgerfahrt im indischen «Buddha Train» gehört zweifellos zu den interessanteren Zugreisen – auch wenn sie für Passagiere mitunter eine Herausforderung darstellt. Dies gilt auch für die Strecke von Windhoek nach Kapstadt mit dem «Shongololo Express», der durchaus ein Hauch Abenteuer anhaftet.

Reisen und Freizeit, Seite 58–60

ANZEIGE

CLASSIQUE CHRONOMÉTRIE – WWW.BREGUET.COM

### WETTER

#### Erst sonnig, später Schauer, mild

Im Norden zunächst sonnig, dann aufziehende Wolken. Am Nachmittag verbreitet Schauer und Gewitter, im Osten lokal kräftige Regengüsse und Hagel möglich. Temperaturen um 20 Grad. Im Süden nur kurze Aufhellungen, Gewitter nicht ausgeschlossen. Im Engadin anfangs recht sonnig.

Seite 51

### BÖRSE

Dow Jones	17924,06	▲	0,46%
SMI	8873,55	▼	-0,17%
Euro in Franken	1,0385	▲	-0,06%
Erdöl (WTI in \$)	58,87	▼	-3,00%

Seite 31

### INTERNATIONAL

#### Scheinidylle in der Enklave Williamsburg

Seite 7

### SCHWEIZ

#### Zeitzeugen erinnern sich ans Kriegsende

Seite 13

### WIRTSCHAFT

#### Ein teurer Kühlschrank in der Arktis

Seite 26

### WIRTSCHAFT

#### Warren Buffett – ein Milliardär im Hoch

Seite 29

### SPORT

#### Weltklasse Zürich will die Nummer 1 bleiben

Seite 44

### FEUILLETON

#### Was den Menschen zum Menschen macht

Seite 49



Die städtische Polizeiarbeit wird immer anspruchsvoller Seite 10

Das EU-Parlament bleibt bei der Personenfreizügigkeit hart Seite 11

Der erste Botschafter Kosovos in der Schweiz zieht Bilanz Seite 11

NZZ-Leser erinnern sich an das Ende des Zweiten Weltkriegs Seite 13

# Der teure Wunschzettel von Heimen und Spitex

*Eine breite Allianz lobbyiert für mehr Geld zugunsten der pflegebedürftigen Senioren*

Je älter die Schweizer werden, umso teurer wird das System der Pflege in Heimen oder daheim. Die Frage, welchen Anteil Patienten, Krankenkassen und Staat zu tragen haben, wird die Politik noch lange beschäftigen.

Simon Hehli

Die Alterung der Gesellschaft stellt die Schweiz vor eine herkulische Herausforderung. Laut Bundesamt für Statistik kosten die Alters- und Pflegeheime jährlich derzeit noch gut neun Milliarden Franken, dazu kommen Ausgaben für die Spitex von rund zwei Milliarden. Experten schätzen, dass sich diese Kosten bis in 15 Jahren verdoppeln werden. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung, die seit Anfang 2011 in Kraft ist, hätte das Gesundheitssystem fürs Erste fit machen sollen für diesen Kraftakt. Doch bereits feilen Politik und Lobbygruppen wieder am Gesetz herum – zu viele Probleme scheinen ungelöst.

Da ist etwa die Frage der Pflege- und Betreuungskosten. Die Pflegekosten teilen sich drei Akteure (siehe Grafik): erstens die Krankenkassen, die pro Pflegestufe einen fixen Beitrag zahlen, maximal 108 Franken pro Tag. Zweitens die Pflegebedürftigen selber, die täglich für 21 Franken 60 selber aufkommen müssen. Für alle Pflegeleistungen, die darüber hinausgehen, die sogenannte Restfinanzierung, ist drittens die öffentliche Hand zuständig – zumindest theoretisch. Doch in letzter Zeit ist die Tendenz zu beobachten, dass Heime Pflegekosten als Betreuungsleistungen verrechnen, gerade bei Demenzkranken oder bei palliativer Pflege. Zu den Betreuungsleistungen zählen eigentlich vor allem Aktivitäten wie soziale Kontakte, begleitete Spaziergänge oder Weihnachtsfeiern im Heim. Dafür müssen die Bewohner selber aufkommen. Auf ihrem Buckel sparen somit Krankenversicherer und Staat mit der Umschichtung von Pflege- zu Betreuungsleistungen.

## Parlament bereits aktiv

FDP-Ständerätin Christine Egerszegi sagt, sie kenne ein Beispiel aus einem Heim im Kanton Zürich, wo die monatlichen Pflegekosten 500 Franken, die Betreuungskosten jedoch 2000 Franken betragen. «Freizeitaktivitäten können doch gar nicht so teuer sein», sagt die Aargauerin, die vor einem «neuen Armutsrisiko» für Heimbewohner warnt. Während das Bundesamt für Gesundheit (BAG) voraussichtlich im Herbst eine Evaluation der neuen Pflegefinanzierung



Eine grosse Herausforderung, auch finanziell: die Pflege von Seniorinnen und Senioren.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

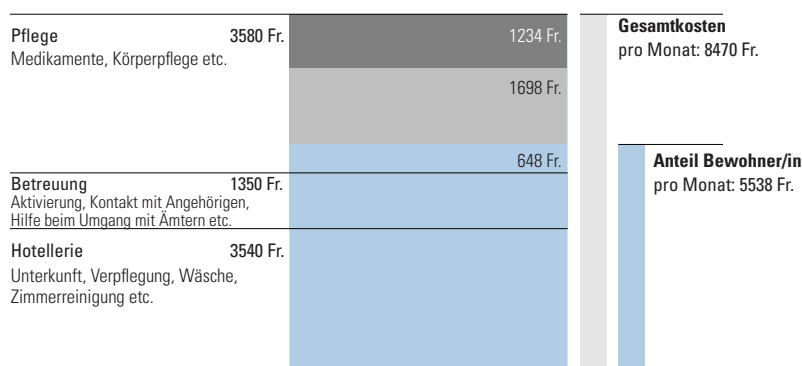
startet, hat Egerszegi bereits im letzten Frühling in einer parlamentarischen Initiative Forderungen aufgestellt. So will sie die schleichende Kostenverschiebung mit mehr Transparenz bei der Aufschlüsselung der Kosten von Pflege und Betreuung stoppen. Zudem soll geregelt werden, wer die Restfinanzierung übernimmt, falls ein Pflegebedürftiger in ein Heim in einem anderen Kanton zieht.

Die Gesundheitskommissionen (SGK) beider Kammern haben die parlamentarische Initiative einstimmig angenommen, derzeit ist eine Subkommission der ständerätlichen SGK daran, konkrete gesetzliche Regelungen auszuarbeiten. Die Gesamtkommission wird sich im Mai oder August mit den Vorschlägen befassen. «Wir werden uns eng an den Wortlaut meiner Initiative halten», sagt Egerszegi. Das geht jedoch einer breiten Allianz von Leistungserbringern zu wenig weit. Der Heimverband Curaviva, der Verband der Pflegefachfrauen, die Spitex, die Alzheimervereinigung und weitere Organisationen machen unter dem gemeinsamen Dach der «IG Pflegefinanzierung» Druck auf die Gesundheitspolitiker. In einem Positionspapier, das der NZZ vorliegt, formulieren sie elf Forderungen, die zu einem Leistungsausbau bei

## Durchschnittskosten Aufenthalt in Alters- und Pflegeinstitution

Finanzierung durch (Angaben pro Bewohner/in und Monat):

■ Öffentliche Hand (Gemeinde/Kanton) ■ Krankenversicherung ■ Bewohner(in)



QUELLEN: BFS, DEFINITIVE SOMED-STATISTIK 2013

NZZ-INFOGRAFIK/lea.

der Pflegefinanzierung führen würden. Die IG wirft einem Teil der Kantone und Gemeinden vor, dass diese die anrechenbaren Normkosten für die Pflege auf einem unrealistisch tiefen Niveau festlegten. Das führe schweizweit in Pflegeheimen zu ungedeckten Kosten von jährlich bis zu 350 Millionen Franken. Um eine weitere Überwälzung der Kosten auf die Heimbewohner zu verhindern, müsse die öffentliche Hand die

Restfinanzierung vollumfänglich übernehmen, fordern die Verbände.

Auch die Krankenkassen möchte die IG stärker zur Kasse bitten: Deren vorderhand bei maximal 108 Franken pro Person und Tag festgelegte Kostenbeteiligung soll jährlich an die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen angepasst werden. Zur Begründung führt die IG an, sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege gebe es

immer komplexere Krankheitsbilder. Das führe zu einem Bedarf an höher qualifiziertem Personal und damit zu höheren Kosten. Ohne zusätzliche Mittel drohe deshalb ein Qualitätsabbau. Zudem sollen zu den heute zwölf Pflegestufen sechs weitere dazukommen, so dass für pflegeintensive Patienten deutlich mehr – bezahlte – Zeit zur Verfügung stünde. (Die höhere Kostenbeteiligung der Krankenversicherer würde automatisch auch zu höheren Beiträgen für die Patienten selber führen, weil beides aneinander gekoppelt ist. Um die Heimbewohner nicht stärker zu belasten, verlangt die IG deshalb, dass die Patientenbeteiligung von heute maximal 20 auf 10 Prozent sinken soll.)

Die IG, die bereits bei der Neuordnung der Pflegefinanzierung ihren Einfluss geltend gemacht hat, stellt sich auf eine längere Lobbying-Offensive ein, um wenigstens einen Teil des Wunschkatlogs durchzubringen. So haben die beteiligten Verbände die Gesundheitspolitiker des Ständerats unter sich aufgeteilt, um sie wehzuklopfen. Einfach werde die Aufgabe nicht, sagt Beatrice Mazenauer, Zentralsekretärin des federführenden Spitex-Verbandes. Denn trotz der einhelligen Unterstützung für den Vorstoss von Egerszegi ist bürgerlicher Widerstand programmiert, sobald Mehrausgaben anstehen. «Letztlich hängt alles davon ab, ob sich das Parlament getraut, bei der Gestaltung der Restfinanzierung den Kantonen stärker dreinzureden», sagt Mazenauer.

## Kantone sind skeptisch

Wie Stefan Leutwyler, stellvertretender Zentralsekretär der kantonalen Gesundheitsdirektoren-Konferenz (GDK), sagt, unterstützt diese eine neue gesetzliche Regelung für die Restfinanzierung der Pflege ausserhalb der Kantonsgrenze. Und zwar soll in jedem Fall der Herkunftskanton zuständig bleiben. Darüber hinaus sieht Leutwyler jedoch keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Er bestreitet nicht, dass aufgrund klammer Finanzen die Kantone auch bei der Pflege verstärkt auf eine «effiziente Leistungserbringung» achten. «Es kann aber nicht darum gehen, immer die vollen Kosten zu decken, wie dies einige Leistungserbringer fordern.» Vielmehr gehe es darum, die notwendige gute Qualität zu einem angemessenen Preis einzukaufen. Obwohl die von der IG geforderte stärkere Kostenbeteiligung der Krankenkassen die öffentlichen Finanzen entlasten würde, zeigt sich Leutwyler skeptisch: «Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Bürger nicht nur Steuer-, sondern auch Prämienzahler sind.»

# Kasachischer Politiker zahlt Reise für Schweizer Parlamentarier

*Die PR-Firma Burson-Marsteller brachte einen FDP- und einen SVP-Politiker nach Kasachstan*

Ein FDP-Nationalrat und ein SVP-Politiker liessen sich auf eine Reise einladen. Der Nationalrat setzte sich damit über Empfehlungen des Parlaments für Auslandsreisen hinweg.

Markus Häfliger, Bern

Die PR-Agentur Burson-Marsteller hat für ihren kasachischen Auftraggeber nicht nur FDP-Nationalrätin Christa Markwalder zu einem Vorstoss im Parlament motiviert (NZZ 6. 5. 15). Die Agentur hat auch weitere Treffen mit Parlamentariern ermöglicht – und eine Reise nach Kasachstan organisiert.

Eigentlich sollte Burson-Marsteller sechs bis acht National- und Ständeräte in die kasachische Hauptstadt Astana

bringen. Das geht aus E-Mails zwischen Marie-Louise Baumann, Senior Adviser bei Burson-Marsteller, und ihren Auftraggebern hervor, die Unbekannte im Internet publiziert haben. In einer Mail schreibt Baumann, sie habe rund 30 Parlamentarier angefragt. Überzeugen konnte sie aber nur FDP-Nationalrat Walter Müller (St. Gallen) und den Baselbieter SVP-Politiker Christian Miesch. Beide reisten mit Baumann vom 18. bis 22. Mai 2014 nach Astana. Miesch war damals nicht im Parlament. Erst im September 2014 konnte Miesch wieder in den Nationalrat nachrücken.

Integral bezahlt hat der kasachische Auftraggeber, Asat Peruaschew, Chef der Partei Ak Schol, die sich als Oppositionspartei darstellt, tatsächlich aber regimeneutral ist (NZZ 6. 5. 15). Die ganze Reise kostete die Kasachen laut Angaben von Burson-Marsteller 60 240

Franken. Dieser Betrag umfasse Flüge in der Businessklasse, Hotel und Verpflegung, ebenso Vorbereitungen und Honorare von Burson-Marsteller, sagt CEO Matthias Graf. Wie teuer die Flüge waren, sagt er nicht. In einem Budget im Vorfeld war Burson-Marsteller von 8500 Franken pro Businessclass-Ticket ausgegangen. Demnach hätten alleine die Reisekosten um die 10 000 Franken pro Person betragen.

Mit den zwei Politikern war vereinbart, dass sie je 1000 Franken beitragen. Das sei für Schweizer Parlamentarier üblich, schrieb Baumann den Kasachen. Auch diesen Betrag mussten Miesch und Müller aber nie bezahlen. «Aufgrund der Tatsache, dass das Budget nicht ausgeschöpft wurde, hat der Kunde die gesamten Reisekosten übernommen», sagt Graf. Im Fall von Nationalrat Müller widerspricht die Gratisreise den

Empfehlungen des Parlaments unter dem Titel «Korruptionsstrafrecht».

Die detaillierte Empfehlung, die die Präsidenten der beiden Räte zu Legislaturbeginn an alle Ratsmitglieder geschickt haben, appelliert an die «Selbstverantwortung» der Politiker, stellt aber auch Leitplanken auf. «Nach dem Korruptionsstrafrecht beginnen korruptive Beziehungen häufig mit Geschenken, denen keine konkrete Gegenleistung zuzuordnen ist, die aber zumindest psychologisch nach einer Erwidderung verlangen», heisst es im Schreiben. Und zum Thema Auslandsreisen: «Eine Einladung einer schweizerischen oder internationalen Interessenorganisation zu einer Informationsreise kann angenommen werden, sofern die Ratsmitglieder die Reisekosten selber bezahlen.»

Müller bestätigt die Umstände seiner Reise ohne Umschweife. Er sei als Mit-

glied der Gruppe Schweiz - Kasachstan mitgegangen, um sich eine Meinung über die dortigen Zustände zu bilden. Denn er sei Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, und die Schweiz pflege vielfältige Beziehungen zu Kasachstan, etwa in der Stimmrechtsgruppe beim Währungsfonds. In Kasachstan habe man unter anderem ein Wirtschaftsforum und eine Veranstaltung über Korruption besucht; zudem habe es auch ein Treffen mit Peruaschew gegeben.

Dass er die Reise nicht selber zahlte, hält er für unproblematisch. Als Aussenpolitiker müsse man sich auch vor Ort eine Meinung bilden, und immerhin habe er seine Reisezeit zur Verfügung gestellt. Auch Hilfswerke lüden Politiker zu nicht kostendeckenden Preisen ein, sagt Walter Müller. «Um mich zu beeinflussen, braucht es jedenfalls etwas mehr als eine solche Reise.»